

Dr. Friederike Landau-Donnelly

Kulturpolitik des Konflikts

Plädoyer für eine offene Konfliktkultur der Diversität und Differenz

Auf einen Blick

Kulturpolitik ist in vielerlei Hinsicht streitbar – angefangen beim zugrunde liegenden Verständnis von Kunst und Kultur bis hin zu Zielen und Zwecken öffentlicher Kulturförderung. Dieser Impuls vermittelt einerseits kulturpolitischen Akteur_innen aus Verwaltung, Politik, Verbänden und Institutionen theoretisches Wissen über Konflikte und Kämpfe um den Stellenwert von Kultur, bietet andererseits mit der „Konfliktuellen Konsens Matrix“ (KoKoMax) ein konkretes Werkzeug, um aktuelle kulturpolitische Konflikte erfassen und aushandeln zu können. Angesichts neuer Kämpfe um die gesellschaftspolitische Relevanz von Kultur plädiert dieser Impuls für einen bewussten, machtkritischen und differenzbasierten Umgang mit Konflikten im Kulturfeld.

Standortbestimmung: Konflikte in, um und über Kultur hinaus

Die gute Nachricht zuerst: Konflikte sind nicht per se ein Problem. Nicht für alle, nicht für alle gleich, nicht für immer, nicht überall. Anders ausgedrückt: Konflikte sind stark

kontextabhängig und geprägt von zahlreichen Faktoren wie Zeit, Raum, Ressourcen, (Vor)Geschichte und Positionalität. Konflikte bewegen sich auf Spektren wie Zeitlichkeit (zwischen kurz- und langfristig), Intensität (zwischen manifest-eruptiv und latent-schwelend), Funktionalität (zwischen lösungsorientiert und ergebnisoffen), Thematik (zwischen spezifisch und allgemein), Relationalität (zwischen trennenden und verbindenden Faktoren), Wahrnehmung (zwischen geteilter und unterschiedlicher Einordnung oder Anerkennung eines Konflikts), Reichweite (zwischen konkret/lokal und abstrakt/global) und Emotionalität (zwischen härterem und weicherem Umgang). Konflikte entstehen insbesondere dann, wenn die Wahrnehmung über Ungerechtigkeiten oder Unverhältnismäßigkeiten nicht deckungsgleich für alle Akteur_innen ist. Aber wer definiert eigentlich, ob es überhaupt einen Konflikt gibt? Wer nimmt an einem Konflikt teil – wer nicht? Und wer hat welche Handlungsfähigkeit in Prozessen der Konfliktlösung bzw. -befeurung?

In der deutschen kulturpolitischen Landschaft erleben wir aktuell mehrere Paradigmenwechsel: Das manifestiert sich beispielhaft in teils drastischen und/oder plötzlichen Kürzungen oder dem kompletten Entzug öffentlicher Förderung. In solchen Fällen ist ein Wandel *expliziter* Kulturpolitik zu beobachten (Ahearne 2009), die formale Rahmenbedingungen und/oder materielle, greifbare Ressourcen der

Konflikt als demokratischer Wettstreit

Konflikte gehören zur Demokratie dazu. Die politische Theoretikerin Chantal Mouffe (2013) nennt eine demokratische Konfliktverhandlung Agonismus, also „gezähmte“ oder demokratisch gerahmte Konfliktbearbeitung, bei denen Gegner_innen nicht direkte Feind_innen, sondern legitime Mitstreiter_innen sind. Im Gegensatz dazu steht der Antagonismus – eine harte Konfrontation, die oft auf Ausschluss, Unterdrückung oder Vernichtung zielt. Ein agonistischer Umgang mit Konflikten ermöglicht hingegen konstruktive und produktive Aushandlungsprozesse, die auch für den kulturpolitischen Bereich eine wichtige Rolle spielen. Wenn Kulturverwaltungen, Förderinstitutionen und Künstler_innen beispielsweise mit unterschiedlichen Werthaltungen über Kunstverständnis und Förderlogik dennoch einen Konsens über gemeinsame Ressourcenverteilung erzeugen können, zeigt sich die demokratisch-gestaltende Kraft von Konflikt als Medium kulturpolitischer Transformation.

Doch Agonismus kann auch kippen – in hitzige, verhärtete, aggressive Konflikte. Die Konfliktforscherin Cora Bieß

(2025) betont daher, wie wichtig es ist, eine proaktive Konfliktkultur zu verfolgen, anstatt auf Konflikte zu reagieren: „Eine frühzeitige Bearbeitung von Konflikten innerhalb der Eskalationsspirale – noch bevor es zur Anwendung von Gewalt kommt – erhöht die Möglichkeit einer nachhaltigen Lösung im Sinne aller Beteiligten. Daher ist Gewaltprävention von zentraler Bedeutung.“

Im Forschungsprojekt AGONART – Agonistische Kulturpolitik (2020–2022, Universität Wien) untersuchte ich mit Kolleg_innen, wie lokale Kulturakteur_innen konfliktuelle Prozesse über Räume, demokratische Teilhabe und Entscheidungen als Konflikte wahrnehmen und sich in diesen zu kulturpolitischen Allianzen zusammenschließen. Was wir als „Antagonisierung“ begriffen haben, deutet an, dass Konflikte sich kontextbezogen verstärken können, beispielsweise, wenn Konflikte gar nicht als solche anerkannt werden oder bereits marginalisierte Gruppen systematisch von der Aushandlung ausgeschlossen werden (Landau-Donnelly et al. 2023b).

Kulturproduktion verändert: Theater, Produktionsstätten, Verbände verlieren mehrjährige Planungssicherheit, die Menge an Stipendien für einzelne Kulturschaffende wird verringert. Explizite Kulturpolitik strukturiert, regiert und öffnet zwar sowohl Möglichkeiten und Chancen für gesellschaftspolitischen Wandel durch Kunst und Kultur, kann aber auch Einschränkungen und Verbote ausgestalten. Schon während der Covid-19-Pandemie sprachen Haselbach et al. (2020: 4) in Bezug auf ihr bereits 2012 kontrovers diskutiertes Buch *Kulturinfarkt – Von Allem zu viel und überall das Gleiche. Eine Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention* von einer Neuauflage dieses „Infarkts“ und der Notwendigkeit, kulturpolitische Maßnahmen und Ressourcen neu zu ordnen: „Kulturpolitik muss das kompetitive Spiel der Kräfte zulassen, ja fördern. Sonst blockiert sie im Interesse der Besitzstandverteidiger [sic] jenen Wandel, der Kultur überhaupt ist.“ Im Zuge der pandemiebedingten Debatte um Systemrelevanz wurde auch deutlich, wie umstritten der gesellschaftspolitische Stellenwert von Kunst und Kultur ist. Der einst breit geteilte Konsens, Kultur sei unverzichtbar für Demokratie und solle öffentlich gefördert werden, scheint zu bröckeln. Aktuelle Kürzungen, Personalentscheidungen und politische Äußerungen deuten auf eine mögliche Neoliberalisierung hin. Ein neuer, pluraler Kulturkampf kündigt sich an – dafür braucht es mehr Konfliktfähigkeit und -wissen.

Implizite und explizite Kulturpolitik – Konflikte um Werte und Ressourcen

Da im bundesdeutschen Kontext Kulturpolitik oft mit anderen Ressorts verbunden ist und zudem auf Landesebene verhandelt wird, ist explizite Kulturpolitik zwar wichtig und

relevant, wird jedoch regional- und landespolitisch sehr unterschiedlich gehandhabt. Es gilt daher, auch den Einflussbereich impliziter Kulturpolitiken zu berücksichtigen, die weniger reguliert und/oder sicht-, mess- und identifizierbar sind. Unausgesprochene Annahmen über oder Erwartungen an Kulturpolitik sind gerade in aktuell konfliktgeladenen Zeiten, die von zunehmend illiberalen und/oder autokratisch regierten Demokratien dominiert werden, als Dimensionen zur Einordnung von Konflikten extrem wichtig. Anders gesagt: Implizite Vorstellungen, Wünsche und Vorannahmen prägen kulturpolitisches Handeln – oder dessen Ausbleiben – ungemein und können tiefgreifende politische und kulturelle Differenzen im Kulturfeld hervorrufen. Einstellungen und Emotionen wie Empörung, Scham, Schock, Überforderung, Unverständnis, Verärgerung, Verletzung oder Wut beeinflussen kulturpolitische Handlungsspielräume, ohne dass sie offensichtlich oder formal Gegenstand von kulturpolitischen Maßnahmen und gesetzlichen Rahmenbedingungen sind.

Angesichts aktueller Spannungen im Hinblick auf die sich verändernden Spielräume von Kunst- und Kulturprojekten, -orten und -initiativen, gesellschaftspolitische Kritik zu üben, ist deshalb zu fragen, welche impliziten und expliziten Wertunterschiede kulturpolitischen Diskussionen zugrunde liegen? Wie hängen letztlich werte- und ressourcenbezogene Konflikte letztlich zusammen? Welche Konflikte erschaffen zeitgenössische Kunstaktionen, Künstler_innen und Kulturorganisationen, und welche Konflikte schaffen sie ab? In welchem Verhältnis bzw. welcher Dissonanz stehen explizite Aussagen, Gesetze, Förder- und Verwaltungsrichtlinien und implizite Annahmen, Grenzen oder Erwartungen an Kulturpolitik? Wie lassen sich Verschiebungen

Konflikte vielfältig sehen und sprechen lernen

Konflikte lassen sich nicht immer durch „Kompromisse“ lösen – das betont Klaus Eidenschink (2023). Der Begriff „Kompromiss“ selbst kann tieferliegende Machtasymmetrien oder Verletzungen verharmlosen, überdecken – oder gar verschärfen. Eidenschinks (2023: S. 66) Beispiel, dass Kompromisse aus teils stark unterschiedlichen Wahrnehmungen kommen, veranlasst ein Schmunzeln: „Eine Diskussion mit einem Einbrecher [sic] darüber, wie viel der Beute er mitnehmen darf, wäre eher ungewöhnlich.“

Statt auf schnellen Ausgleich zu setzen, schlägt Eidenschink vor, die Kunst des Konflikts zu üben: Konflikte sehen, anschauen, sprechen lernen und dabei genau hinzuhören, wer wie betroffen ist, wer spricht, wer gehört wird – und wer eben nicht. Diese Praxis der Konfliktkultur ist mehr als eine Methode; sie ist eine Haltung. Sie verlangt ein Bekenntnis zu Ambivalenz (nicht nur Ambiva-

lenz, „toleranz“), Mehrsprachigkeit, wie über Konflikte geredet wird, und eine Sensibilität für Unterschiede und Differenzen. Konfliktkultur kann nicht abschließend zu einer Versöhnung führen, sondern besteht darin, Unterschiede sichtbar, hörbar und verstehbar zu machen – und manchmal sogar zu feiern.

Für eine gerechtere Konfliktkultur braucht es das bewusste Verlernen dominanter Konfliktmaßstäbe, etwa eurozentrischer Normen, wie in der Handreichung von United Networks (2025) formuliert. Es braucht neue Formen des Sprechens, neue Räume für Dialog und das, was Göker & Çelik (2021) „agonistisches Zuhören“ nennen: ein aufmerksames, nicht vereinnahmendes Zuhören in konflikthaften Aushandlungen. Diese Konfliktkultur erkennt an, dass es nicht die eine Sprache des Konflikts gibt, sondern viele. Und dass gerechte Konfliktbearbeitung immer kontext- und machtkritisch gestaltet werden muss.

zwischen impliziten (Konstruktionen von) Normalitäten und Wahrheiten und expliziten Rahmenbedingungen benennen, besprechen und problematisieren? Wo fangen kulturpolitische Konflikte an, und wie geht das Kulturfeld mit jüngsten (expliziten) Maßnahmen wie Entzug von bereits bewilligten Fördermitteln, Rücknahme von Einladungen, Vorstöße wie Codes of Conduct oder gar der Einbindung des Verfassungsschutzes zur Überprüfung von geförderten Kulturprojekten um?

Zunehmende Spannungen – Konflikte identifizieren und offen verhandeln

Anzeichen von nicht (mehr) geteilten Grundannahmen und Werten im Kulturbetrieb sind großflächig erkennbar: Wer früher dachte, der sozialdemokratisch und/oder wohlfahrtsstaatlich ausgerichteten öffentlichen Kulturförderung in Deutschland läge ein unangefochtener Konsens über Sinn und (Zweck)Freiheit von Kunst zugrunde, muss heute umdenken. Aktuelle Debatten über Kunstaktionen und Ausstellungen zu Themen wie Diversität und Feminismus sehen sich teilweise Vorwürfen ausgesetzt, „unzumutbar“ (Schönherr 2024) zu sein. Kunstaktionen, die die Wahrung der Demokratie einklagen, werden von der Polizei unterbrochen bzw. Materialien beschlagnahmt (Tagesspiegel 2025). Beim Thema Antisemitismus werden Ausstellungen israelkritischer jüdischer Künstler_innen abgesagt, da deren Haltungen zu Israel „nicht in den deutschen Meinungskorridor pass[en]“ (Buhr 2023). Auch im digitalen Raum werden künstlerische Inhalte teils gesperrt, geblockt oder negativ kommentiert. Angesichts der immensen Komplexi-

tät von politischer Sensibilität und Solidarität soll hier deutlich werden, dass die Annahme von einem allgemeingültigen Konsens zu keinem Zeitpunkt gut, unproblematisch oder hilfreich gewesen war. Eher im Gegenteil – die Tatsache, dass lange Zeit *nicht* thematisiert wurde, dass öffentlich geförderte Kunst und Kultur keine Selbstverständlichkeit ist¹, fällt „uns“ nun auf die Füße – manchen Kulturschaffenden, Kurator_innen und Theoretiker_innen jedoch mehr, anderen weniger. Wie so oft, eine Frage des Privilegs.

Über den Rahmen der *documenta 15* hinaus, die in Kassel im Sommer 2022 stattfand, machten wiederholte Antisemitismusvorwürfe und -vorfälle (z. B. Hutter 2025) deutlich, wie uneinig das deutsche kulturpolitische Feld ist.² Insbesondere seit dem Hamas-Massaker an Israeli_s am 7. Oktober 2023 wird das Kulturfeld bundesweit und international von Absagen, Verschiebungen, Boykotts oder Schließungen von Ausstellungen, „Störungen“ oder Protesten bei Eröffnungen, Biennalen, Podiumsdiskussionen und Lesungen charakterisiert. Künstlerische Aussagen werden umkämpft und gleichzeitig verkrampt im Hinblick auf die Ambivalenzen von künstlerischer Freiheit.

Klaus Eidenschink schreibt in *Die Kunst des Konflikts* (2023: 79): „Viele latente Konfliktlagen bzw. überlebte Ordnungsmuster können sich nur verflüssigen und neu ordnen, wenn eine Partei entschieden aufbegehrt und widerspricht – egal, was die Gegenseite an Argumenten ins Feld führt.“ Im Kulturbereich haben Proteste und Gespräche mit „der Politik“ bereits Wirkung gezeigt: Haushaltskürzungen

1 Während öffentliche/steuerfinanzierte Kulturförderung angesichts multipler wohlfahrtsstaatlicher Krisen an Grenzen stoßen kann, hat sich eine systematische und/oder langfristige Verlagerung von Kulturförderung hin zu privater Förderung durch Stiftungen und/oder private Sammler_innen in Deutschland (noch) nicht entwickelt; dementsprechend ist eine Einschätzung der Vor- und Nachteile dieser Privatisierung bzw. Diversifizierung von Förderformen ausstehend.

2 Zur Anwendbarkeit verschiedener Antisemitismusdefinitionen siehe z. B. Holz (2024).

(Für)Sorge als konflikt sensible Praxis

Konflikte sind nie neutral und ihre Bearbeitung findet stets in machtbesetzten Räumen statt. Genau deshalb fordert eine intersektionale Konfliktkultur die (Für)Sorge um Konflikte: für Betroffene, für Räume, für Prozesse. Queertheoretiker_in Antke_Antek Engel spricht gemeinsam mit Kolleg_innen Ferdiansyah Thajib und Francis Seek (2020) in diesem Zusammenhang vom „Caring for Conflict“ – also, einer fürsorgenden Praxis, die Konflikte nicht befrieden oder „lösen“ will, sondern sie als Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheit ernst nimmt, sie versorgt bzw. sich um sie sorgt. Fürsorge für Konflikte braucht Ressourcen wie Aufmerksamkeit, Zeit, Selbstreflexion und Sensibilität für strukturelle Diskriminierungen wie Rassismus, Sexismus, Klassismus, Altersdiskriminierung etc.

Das bedeutet auch: Wer Konflikte moderiert, sie vermittelt oder dort interveniert, trägt Verantwortung. Das „Do-No-Harm“-Prinzip aus der Friedens- und Konfliktforschung ist auch für kulturpolitische Zusammenhänge relevant, denn es reicht eben nicht, negative Nebenwirkungen zu vermeiden. Machtverhältnisse müssen in jeder Konstellation in und um Konflikte aktiv mitgedacht werden. Intervenierende Dritte sind nie objektiv, sie können aber wohl macht- und diskriminierungssensibel handeln (Bieß 2023).

Konflikte können wie „soziale Entzündungsherde“ wirken, schreiben Mau, Lux und Westheuser (2024: S. 407). Eine

gerechte Kulturpolitik muss sich diesen immer schon bestehenden Spannungen mit einer agonistischen Haltung proaktiv zuwenden (siehe Infobox 1) – und zwar nicht erst, wenn sie eskalieren. Das fängt bei der Gestaltung kulturpolitischer Prozesse an: Wer spricht? Wer hört zu? Wer fühlt sich sicher, gehört, vertreten – und wer nicht? Safer Spaces, faire Gesprächsformate und machtkritische Moderation sind kein „Nice to Have“, sondern Grundvoraussetzungen (Plattform Zivile Konfliktbearbeitung 2023).

Auch emotionale Dimensionen gehören zu diesem Konfliktverständnis dazu. „Man muss Ängste, Wut und Erschöpfungen aushalten lernen“, schreibt Jagoda Marinic (2024: S. 148) und auch aktiv reflektieren, wie menschlich von diesen Gefühlen gegebenenfalls wieder befreit. Oft tragen bereits marginalisierte Akteur_innen die Hauptlast für Konfliktaushandlungen, und das muss sich ändern. Für eine zukunftsfähige Konfliktkultur braucht es die Bereitschaft, einerseits historische wie gegenwärtige Widersprüche auszuhalten, und sich andererseits um sie zu sorgen und sie als Teil von Heilung zu versorgen. Die Anerkennung, dass es überhaupt Konflikte über Identität, Gerechtigkeit und Teilhabe gibt, kann für Betroffene manchmal ein erster Akt für mehr Gerechtigkeit und Fürsorge in Konflikten bedeuten.

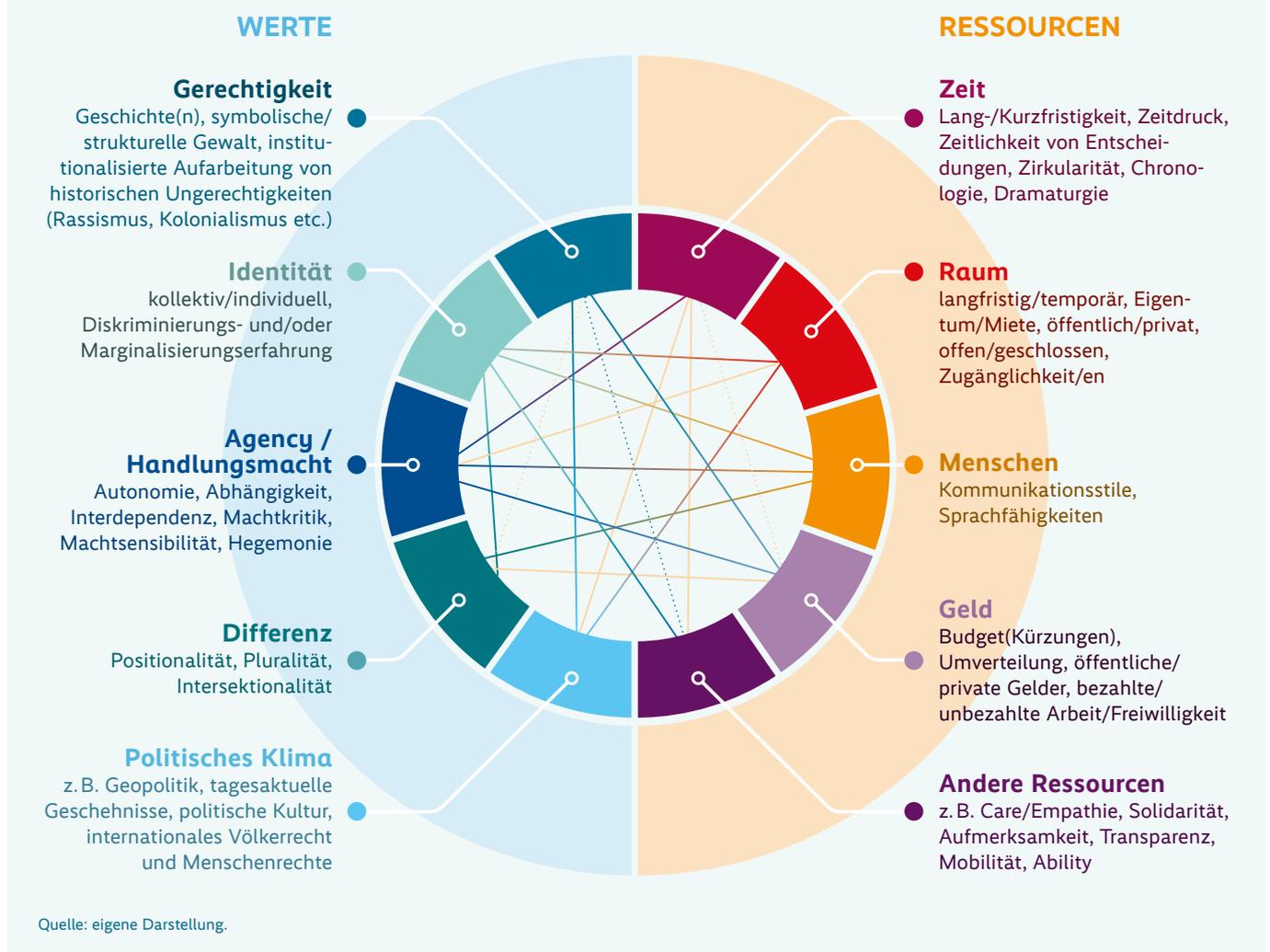
wurden teilweise zurückgenommen, Budgetfragen neu verhandelt. Auch die umstrittene Berliner „Antidiskriminierungsklausel“, die eine verpflichtende Haltung gegen Antisemitismus vorsah, wurde nach öffentlichen Interventionen zurückgezogen (Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Berlin 2024). Dennoch nehmen die Spannungen zu: Kunst und Kultur sind nicht für alle gleichermaßen angenehm oder relevant – und waren es auch nie. Doch heute eskalieren Konflikte schneller und schärfer. Umso dringlicher ist es, neue Wege zu finden, wie wir Konflikte im Kulturbereich offen und produktiv verhandeln können.

Gesellschaftliche Normalitäten verschieben sich im aktuellen kulturpolitischen Diskurs und bringen Konflikte hervor, die vorher entweder implizit, unterdrückt oder beides waren. Angesichts einer sich erheizenden Atmosphäre sind Neutralitätsappelle an Kunst nicht mehr haltbar, und stehen in einem Spannungsverhältnis mit dem aktuell beliebten Begriff der „Haltung“ (mit einiger Skepsis über den Ton des Beitrags, z. B. Greven 2019). Neutralität ist keine Haltung; eine Haltung ist nie neutral. Angesichts der gebrochenen Latenz der Neutralität und des Konsenses befinden wir uns nun in einer Situation, in der emotionale Zustände mit Überraschung über Meinungen und Aktionen im Kulturfeld beziehungsweise Bestürzung, Betroffenheit und auch offener Überforderung über die nun ausgebrochenen

Konflikte. Manche Konflikte, Marginalisierungen oder Ungleichheiten werden gegeneinander ausgespielt – fast wie in einer Triage von Konflikten –, während andere Konflikte verallgemeinert werden, und so zum Problem für „alle“ werden sollen. Kürzer gesagt: Manche Konflikte wie der Umgang mit Antisemitismuskorrekturen halten sich hartnäckig in den Medien und werden immer und immer wieder befeuert, andere wie beispielsweise die faire Bezahlung von Künstler_innen, das system(at)ische Fehlen von Kulturförderung für Künstler_innen mit Behinderung, Onlinezensur und -hass gegenüber marginalisierten Künstler_innen oder effektives Vorgehen gegen Sexismusvorwürfe im Kunstbetrieb schwelen schon lange – ohne diese sehr verschiedenen Anliegen, wie gesagt, direkt miteinander zu vergleichen. Manchen Streitverläufen scheint ihr strategisches Verhandlungsgeschick abhandengekommen zu sein oder nie existiert zu haben.

Wie Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (2024: 393) in ihrem Buch *Triggerpunkte* attestieren: „Soziale Konflikte sind nie einfach nur da, sie werden gesellschaftlich hergestellt: entfacht, angeheizt, getriggert. Politisierung erscheint aus dieser Perspektive nicht als Folge polarisierter Einstellungen in der Bevölkerung, sondern im Gegenteil als deren Erzeuger.“ Eidenschink beschreibt Konflikte als „Unsicherheitsabsorber und Strukturbildner“ (2023: S. 25). Angesichts dieses komplizierten Potenzials

Konfliktuelle Konsens Matrix 2.0



von Konflikten sollten wir uns der Frage stellen, wie Konflikte im kulturpolitischen Feld identifiziert und besprochen werden können und was und wie kulturpolitische Akteur_innen von Konflikten lernen können.

Konfliktuelle Konsens Matrix (KoKoMax)

In den vergangenen Jahren habe ich mit Kolleg_innen unter dem Schlagwort „Konfliktuelle Kulturpolitik“ (Landau-Donnelly et al. 2023a, 2023b; Schad-Spindler et al. 2023) politische Steuerungs- und Governance-Praktiken im Kunst- und Kulturbereich untersucht und theoretisiert. In Verbindung mit dieser konfliktorientierten Perspektive auf Kulturpolitik möchte ich auch hier kurz das analytische Rahmenwerk „Konfliktuelle Konsens Matrix“ (KoKoMax) (Landau 2019: 170) heranziehen.

Die Matrix beruft sich auf das Konzept des Konfliktuellen Konsens der belgischen politischen Philosophin Chantal Mouffe. Konfliktueller Konsens bedeutet nach Chantal Mouffe (2005) die Aushandlung eines Konsenses, der die für Demokratie grundlegenden ethisch-politischen Werte der Freiheit und Gleichheit für „alle“ respektiert, auch wenn

es immer Meinungsverschiedenheiten über die konkrete Bedeutung und Ausgestaltung von Freiheit und Gleichheit geben wird, ebenso wie die Art und Weise, wie diese (zugegebenermaßen liberalen) Werte umgesetzt werden sollten. In einer pluralistischen Demokratie sind solche Meinungsverschiedenheiten jedoch nicht nur legitim, sondern geradezu notwendig. Mouffe bezeichnet diese Spielregeln als den „Stoff, aus dem die demokratische Politik gemacht ist“ (2005: 31, Übersetzung der Autorin).

Mittels der voranstehenden Abbildung lässt sich eine Differenzierung und vertiefende Entwicklung verschiedener Konfliktebenen im kulturpolitischen Feld vorantreiben. Dabei gilt: Wertebasierte Konflikte verschränken sich stets mit ressourcenbezogenen Konflikten – beide Dimensionen sind in Relation zueinander zu verstehen. Entsprechend stehen die Dimensionen in Verbindung miteinander, verhaken sich, spinnen verbindende Fäden *zwischen* Ressourcen und Werten. Konkret kann die KoKoMax zum Beispiel angewandt werden, um einen ressourcenbezogenen Konflikt (z. B. über Raum) besser zu verstehen. Durch die Bezugnahme *zwischen* Werten und Ressourcen lässt sich besser einordnen, inwiefern es bei einem Streit um die langfristige Anmietung

von Probenräumen nicht nur um die Ressource Raum, sondern eben auch um ein Gerechtigkeitsempfinden geht, also einen Wertekonflikt. Andersherum können leicht entzündliche Themen wie Antidiskriminierung (wertebasiert) im Zuge historischer Reparation/Wiedergutmachung durch Entscheidungen wie Budgetkürzungen (ressourcenbezogen) noch verstärkt werden.

Für eine Kultur(politik) des Konflikts – Handlungsempfehlungen

Dieser Impuls plädiert nicht nur für das temporäre Aushalten und „Tolerieren“ von Differenzen und Konflikten, sondern für eine bewusste Konfliktkultur im Sinne einer Kulturpolitik des Konflikts. Das ist keine bloß rhetorische Akzentverschiebung, sondern erfordert einen kulturpolitischen Haltungswandel und damit eine Verschiebung von Prioritäten und Ressourcen für mehr agonistisches Konflikt Handeln. Dafür braucht es neue Begriffe, Fähigkeiten und Allianzen zwischen diversen Positionen. Gabriele Dietze (2008) spricht von einer „Hegemonie(selbst)kritik“, also der Fähigkeit, selbstkritisch die eigene Position in Diskursen und Diskussionen über Macht zu reflektieren (siehe auch Byroum-Wand 2025). Dietze macht zudem darauf aufmerksam, dass die „Simultaneität, also die Ko-Präsenz unterschiedlicher Marginalisierungsformen, ihre Verknüpftheit und ihre Vielschichtigkeit“ (2008: 31), ein wesentliches Merkmal intersektionaler politischer Praxis sind. Statt diese unterschiedlichen Formen von Marginalisierung kulturpolitisch zu hierarchisieren, gilt es deshalb, ihre Interdependenzen anzuerkennen.

Um im Sinne einer Kulturpolitik des Konflikts dieses Verständnis von Konfliktkultur nachhaltig in die Praxis zu übersetzen, bieten die folgenden sechs Handlungsempfehlungen Orientierung:

1. Unterscheiden zwischen Werte- & Ressourcenkonflikten: offen und ehrlich über Sinn, Zweck und Reichweite von Kultur(förder)politik unter Berücksichtigung vieler Perspektiven diskutieren.

Empfehlung für Kulturpolitik und -förderung: In förderpolitischen Prozessen braucht es klare Differenzierungen darüber, dass auch scheinbar technische oder strategische Entscheidungen über Ressourcen wie Zeit, Raum, Publikum und Personal keineswegs neutral, sondern stets mit wertebezogenen Priorisierungen und Ausschlüssen verwoben sind.

2. Operationalisieren von Konflikten: Mithilfe von Werkzeugen wie der „Konfliktuellen Konsens Matrix“ können Konflikte in bearbeitbare Bestandteile zerteilt und so Diskussionsräume darüber geschaffen werden, welche Konfliktpunkte verändert werden können und welche (noch) nicht.

Empfehlung für Kulturpolitik und -förderung: Investition in partizipative und agonistisch-dialogische Beteili-

gungsformate mit künstlerischen Stakeholder_innen, um gemeinsam werte- und ressourcenbezogene Konflikte auseinanderzuhalten und trotz Differenzen gemeinsam explizite und implizite Kulturpolitiken zu gestalten.

3. Agonistisches Zuhören stärken: Bereitschaft zu mehr institutionellem als auch institutionalisiertem Zuhören, vor allem gegenüber Positionen aus Betroffenenperspektiven. Agonistisches (Zu)Hören schaltet bei potenziellen Meinungsverschiedenheiten oder „Problemgesprächen“ nicht gleich ab, sondern bleibt ergebnisoffen für das Finden eines temporären Konfliktuellen Konsenses.

Empfehlung für Kulturpolitik und -förderung: Möglichkeiten und Grenzen des agonistischen Zuhörens sollten durch institutionelle Selbstverortungen wie Codes of Conduct, die bottom up entwickelt wurden, transparent gemacht werden (im Gegensatz zu Klauseln und Verhaltensvorschriften, die top down verordnet sind).

4. Lust auf und an Komplexität kultivieren: Diese Kompetenz ist eng mit Mehrsprachigkeit und multizentrischen, selbstreflexiven Perspektiven auf das eigene Konfliktempfinden verbunden.

Empfehlung für Kulturpolitik und -förderung: Kulturförderung sollte Sensibilisierungs-, Konflikt- und Mediationstrainings in mehrjährigen Kulturprojekten förderfähig/erstattungsfähig machen.

5. Konfliktfähigkeit als Muskel trainieren: Konflikte auszuhalten lässt sich lernen und trainieren!

Empfehlung für Kulturpolitik und -förderung: Konfliktfähigkeit kulturpolitisch an der Schnittstelle zu demokratischer und politischer Bildungsarbeit ermöglichen, wie es beispielsweise die Berliner Initiative Radikale Töchter (2025) mit politischen und demokratischen Aktionskunsttrainings umsetzt.

6. Affektives, empathisches Konfliktempfinden: Was fühle ich in dieser Situation? Welches menschliche Bedürfnis steckt hinter meinem Konfliktgefühl? Wie menschlich ist der Konflikt in mir, im anderen, und wo liegt das Menschliche zwischen uns im Konflikt?

Empfehlung für Kulturpolitik und -förderung: Förderung von globalem Austausch von Menschen, Inhalten, Ideen, Programmen und kulturpolitischer Expertise im Sinne der beschriebenen hegemonialen Selbstkritik, um Perspektiven von Kunst, Künstler_innen und Kulturpolitik über westliche Konzeptionen hinaus zu erlangen (siehe Lettau/Canyürek 2025; Plattform zivile Konfliktbearbeitung 2023).

Die Überlegungen dieses Impulses können hoffentlich etwas Saatgut beisteuern, um die vielfältigen Künste des Konflikts gesellschafts- und förderpolitisch weiter zu entwickeln. In Zeiten neuer und sich diversifizierender Kultur-

kämpfe brauchen wir eine solche Konfliktkultur, um diversitätssensible Demokratien, in denen Kunst und Kultur einen Platz für Ausdruck haben, zu erhalten und zu stärken.

Literaturverzeichnis

Ahearne, Jeremy (2009): Cultural Policy Explicit and Implicit: A Distinction and Some Uses, in: *International Journal of Cultural Policy* 15 (2), S. 141–153, <https://doi.org/10.1080/10286630902746245> (4.7.2025).

Bieß, Cora (2023): Konfliktsensibilität machtkritisch gestalten, in: *Wissenschaft & Frieden* 2023 (1), <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/konfliktsensibilitaet-machtkritisch-gestalten/#:~:text=Konfliktsensibilit%C3%A4t%20bedeutet%2C%20sich%20der,zu%20einem%20konstruktiven%20Konfliktumgang%20beitragen> (4.7.2025).

Bieß, Cora (2025): Interviewtranskript, April 2025.

Buhr, Elke (2023): Absage von Candice-Breitz-Schau: Ende einer Ausstellung, in: *Monopol*, 27.11.2023, <https://www.monopol-magazin.de/candice-breitz-saarlandmuseum-absage-kommentar> (4.7.2025).

Byroum-Wand, Pegah (2025): MachtKritikKollaboration: Praxisreflexionen zwischen Aktivismus, Museum und Universität, Berlin.

Dietze, Gabriele (2008): Intersektionalität und Hegemonie(selbst)kritik, in: Gippert, Wolfgang; Götte, Petra; Kleinau, Elke (Hrsg.): *Transkulturalität: Gender- und bildungshistorische Perspektiven*, S. 27–43.

Eidenschink, Klaus (2023): Die Kunst des Konflikts: Konflikte schüren und beruhigen lernen, Heidelberg.

Göker, Zeynep Gülrü; Çelik, Ayşe Betül (2021): Women's Dialogic Encounters: Agonistic Listening and Emotions in Multiple-Identity Conflicts, in: *Third World Quarterly* 43 (6), S. 1.251–1.269, <https://doi.org/10.1080/01436597.2021.1977621> (4.7.2025).

Greven, Ludwig (2019): Haltung! Eine erschreckende Aufforderung, in: *Politik & Kultur* 05 (2019), <https://www.kulturrat.de/themen/texte-zur-kulturpolitik/haltung/> (4.7.2025).

Haselbach, Dieter; Klein, Armin; Knüsel, Pius; Opitz, Stephan (2020): Kulturinfarkt revisited? KuPoGe – Open Call für Essays #neueRelevanz, S. 1–4.

Holz, Klaus (2024): Definitionen von Antisemitismus, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/was-heisst-antisemitismus/555654/definitionen-von-antisemitismus/#:~:text=Antisemitismus%20ist%20Diskriminierung%2C%20Vorurteil%2C%20Feindseligkeit,%2C%20E2%80%9EHass%2C%20auf> (4.7.2025).

Hutter, Michael (2025): Anstößige Bilder: Gesellschaftskampfspiele um den documenta-fifteen-Skandal, Heidelberg.

Landau, Friederike (2019): Agonistic Articulations in the „Creative“ City: On New Actors and Activism in Berlin's Cultural Politics, New York.

Landau-Donnelly, Friederike; Schad-Spindler, Anke; Fridrik, Stefanie; Marchart, Oliver (2023b): Conflictual Cultural Politics: Unpacking Local Tensions in Three Austrian Cities, in: *International Journal of Cultural Policy* 30 (3), S. 341–356, <https://doi.org/10.1080/10286632.2023.2203723> (4.7.2025).

Landau-Donnelly, Friederike; Schad-Spindler, Anke; Fridrik, Stefanie; Marchart, Oliver (2023a): Eine Konflikttheorie der Kulturpolitik, in: Crückeberg, Johannes; Heinicke, Julius; Kalbhenn, Jan; Landau-Donnelly, Friederike; Lohbeck, Katrin; Mohr, Henning (Hrsg.): *Handbuch Kulturpolitik*, S. 17–30, https://link.springer.com/rwe/10.1007/978-3-658-34381-1_3-1#DOI (4.7.2025).

Lettau, Meike; Canyürek, Özlem (2025): Decolonial Cultural Practices Towards Pluriversal Cultural Institutions and Policies, New York.

Marinic, Jagoda (2024): Sanfte Radikalität: Zwischen Hoffnung und Wandel, Frankfurt am Main.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2024): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.

Mouffe, Chantal (2005): On the Political, New York.

Mouffe, Chantal (2013): Agonistics: Thinking The World Politically, New York/London.

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (2023): Reflexions- und Arbeitshilfe für rassismus- und diskriminierungssensible Veranstaltungen, <https://pzkb.de/wp-content/uploads/2024/01/Reflexionshilfue-Veranstaltungen.pdf> (4.7.2025).

Radikale Töchter (2025): Homepage, <https://radikaletochter.de/> (4.7.2025).

Schad-Spindler, Anke; Landau-Donnelly, Friederike; Fridrik, Stefanie; Marchart, Oliver (2023): Konfliktuelle Kulturpolitik, Wiesbaden.

Schönherr, Harff-Peter (2024): Kunst darf alles, außer in Osnabrück, in: taz, 17.6.2024, <https://taz.de/CDU-ruft-zum-Boycott-auf/!6014587/> (4.7.2025).

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Berlin (2024): Antidiskriminierungsklausel kommt ab sofort nicht mehr zur Anwendung, Pressemitteilung vom 22.1.2024, <https://www.berlin.de/sen/kultgz/aktuelles/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung.1407434.php> (4.7.2025).

Tagesspiegel (2025): Polizei kassiert Banner am Gorki-Theater ein: „Zentrum für Politische Schönheit“ beklagt Eingriff in Kunstfreiheit, 19.2.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/polizei-kassiert-banner-am-gorki-theater-ein-zentrum-fur-politische-schoenheit-beklagt-eingriff-in-kunstfreiheit-13232371.html> (4.7.2025).

Thajib, Ferdiansyah; Seeck, Francis; Engel, Antke (2020): Konflikte umsorgen: Queere Praktiken künstlerischer Kollaboration, in: Feministische Studien 38 (2), DOI 10.1515/fs-2020-0027 (4.7.2025).

United Networks (2025): Handreichung für eine Gleichberechtigte Kunst- und Kulturlandschaft, https://drive.google.com/file/d/1HTAkqzz_57dkfTsxHaAlNoPLsnMhWwqN/view (4.7.2025).

Hinweise zur Autorin

Prof. Dr. Friederike Landau-Donnelly (*1989, sie/ihr) ist politische Theoretikerin, Stadtsoziologin und Kulturgeografin. Derzeit ist sie Gastprofessorin für Kultur- und Sozialgeografie an der Humboldt-Universität zu Berlin und schreibt eine Monografie über Konfliktmuseen in Kanada und Indien. Unter anderem gab sie das *Handbuch Kulturpolitik* (2024), *Konfliktuelle Kulturpolitik* (2023) und *[Un]Grounding – Post-Foundational Geographies* (2021) mit heraus. Friederike Landau-Donnelly schreibt Gedichte als #PoeticAcademic.

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung
www.fes.de/apb

Kontakt

Johannes Crückeberg
Johannes.Crueckeberg@fes.de

Bildnachweis

picture alliance / REUTERS | AMR ABDALLAH DALSH

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

August 2025
© Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-98628-762-7

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
www.fes.de/publikationen

